

Neudruck

Gesetzentwurf

der Präsidentin des Landtages Brandenburg

Drittes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf

der Präsidentin des Landtages Brandenburg

Drittes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

A. Problem

1.

Gemäß § 5 Absatz 4 AbgG wird die Entschädigung nach § 5 Absatz 1 AbgG und die zusätzliche Entschädigung nach § 5 Absatz 2 AbgG jährlich an die Einkommensentwicklung im Land Brandenburg angepasst. Dafür hat das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg bis zum 1. September eines jeden Jahres der Präsidentin des Landtages in Form eines Berichtes die prozentuale Veränderung der ermittelten Maßzahl der Einkommensentwicklung mitzuteilen.

Die Präsidentin hat den Bericht des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg in der Drucksache 6/2874 veröffentlicht.

2.

Paragraph 11 AbgG regelt die Erstattung von Reisekosten in besonderen Fällen. Bei der Änderung des mit Beginn der 6. Wahlperiode in Kraft getretenen Abgeordnetengesetzes wurde die Regelung zur Reiskostenabrechnung erheblich überarbeitet. Der Gesetzesbegründung ist zu entnehmen, dass mit Beginn der 6. Wahlperiode die allgemeinen Regelungen über die Reisekostenerstattung, wie sie für die Beamten des Landes Brandenburg im Reisekostenrecht niedergelegt sind, gelten sollen (vgl. Drucksache 5/6850; Begründung, Besonderer Teil S. 9, § 11 AbgG). Die Sonderregelung in § 9 Absatz 8 AbgG in der bis zum Ende der 5. Wahlperiode geltenden Fassung entfiel. Diese Sonderregelung sah vor, dass bei Dienstreisen der Präsidentin und des Vizepräsidenten die entstandenen Auslagen erstattet werden.

Der ersatzlose Wegfall dieser Regelung erfolgte vor dem Hintergrund, dass alle Abgeordneten gleich behandelt werden sollten. Eine Erstattung von Reisekosten erfolgt ausschließlich dann, wenn das Ziel der Reise außerhalb des Landes Brandenburg liegt. Seit Beginn der 6. Wahlperiode werden bei Dienstreisen der Präsidentin und des Vizepräsidenten innerhalb des Landes Brandenburg die entstandenen Auslagen somit nicht mehr erstattet. Die Tatsache, dass die Präsidentin bzw. der Vizepräsident im Auftrag der Präsidentin auch Termine in ihrer Funktion als Amtsträger/-in und somit als Vertreter des Landes auch innerhalb des Landes Brandenburg wahrnehmen, wurde bei der Änderung nicht berücksichtigt.

Infolge dessen fehlt es an einer Vorschrift, die es ermöglicht, unter Berücksichtigung der besonderen Belange der Ämter der Präsidentin und des Vizepräsidenten im Auftrag der Präsidentin die anlässlich einer Dienstreise im Land Brandenburg entstandenen Auslagen zu erstatten.

3.

Paragraph 17 Absatz 2 Satz 1 AbgG regelt den Zuschuss zu den Krankenversicherungsbeiträgen für Abgeordnete und Versorgungsberechtigte, die Mitglied einer gesetzlichen Krankenversicherung sind. Die Regelung entspricht nicht mehr dem aktuellen Inhalt des § 243 SGB V, da der Zusatzbeitrag in Höhe von 0,9 Beitragssatzpunkten entfallen ist. Seit dem 01.01.2015 können von den Krankenkassen einkommensabhängige Zusatzbeiträge erhoben werden, die vom Versicherten allein zu tragen sind.

Paragraph 17 Absatz 2 Satz 2 AbgG regelt den Zuschuss in den Fällen, in denen die Mitgliedschaft nicht oder nicht ausschließlich in einer gesetzlichen Krankenkasse besteht. Für die Berechnung des Zuschusses wird auf die entsprechende Anwendung des § 257 Absatz 2 Satz 2 SGB V verwiesen. Mangels einer Verweisung auf § 257 Absatz 2 Satz 1 SGB V ist eine Zuschusszahlung zu Zusatzversicherungen ermöglicht, ohne dass die vereinbarten Vertragsleistungen der Art nach den Leistungen des Sozialgesetzbuch Fünftes Buch (SGB V) entsprechen. Ausweislich der Gesetzesbegründung zum Abgeordnetengesetz war eine Zuschusszahlung in diesen Fällen nicht vorgesehen. Die Höhe des Zuschusses zur privaten Krankenversicherung sollte dem Zuschuss entsprechen, den ein Arbeitgeber einem Beschäftigten zu zahlen hätte, der von der gesetzlichen Krankenversicherungspflicht befreit und stattdessen privat versichert ist (vgl. Drucksache 5/6850; Begründung, Besonderer Teil S. 17, § 17 Absatz 2 Satz 2 AbgG).

B. Lösung

1.

Die Präsidentin hat auf Basis des o. g. Berichtes einen Gesetzentwurf zur Änderung des Abgeordnetengesetzes vorzulegen.

Der Gesetzentwurf sieht die Anpassung der Entschädigung ab 1. Januar 2016 vor. Entsprechend der Maßzahl der Einkommensentwicklung von 2014 gegenüber 2013 auf der Basis des Berichtes des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg (Anlage 1 der Drucksache 6/2874) sollen die Entschädigungen jeweils um 2,9 vom Hundert erhöht werden.

2.

Der Gesetzentwurf schließt die Lücke der unterbliebenen erforderlichen Kostenerstattung für die Präsidentin bzw. den Vizepräsidenten als Amtsinhaber.

3.

Unter Aufhebung des um 0,9 Beitragssatzpunkte verminderten ermäßigten Beitragssatzes der gesetzlichen Krankenversicherung wird seit dem 01.01.2015 ein ermäßigter Beitragssatz für die Mitglieder, die keinen Anspruch auf Krankengeld haben, von 14,0 Prozent erhoben. Soweit die Krankenkassen einen Zusatzbeitrag erheben, fließt dieser nicht in den Erstattungsanspruch ein.

Mit der Anwendung des § 257 Abs. 2 Satz 1 und 2 SGB V wird klargestellt, dass nur Leistungen bezuschusst werden, die der Art nach den Leistungen des SGB V entsprechen.

C. Rechtsfolgenabschätzung

I. Erforderlichkeit

1.

Die Anpassung erfolgt aufgrund der gesetzlichen Anpassung aus § 5 Abs. 4 AbgG.

2.

Die Ergänzung ist erforderlich, um eine Regelungslücke zu schließen.

3.

Die Änderung beruht auf einer Änderung der Rechtslage im SGB V und dient der Klarstellung des Erstattungsumfangs.

II. Zweckmäßigkeit

1.

Die Veröffentlichung der Zusammensetzung der gewogenen Maßzahl für die Höhe der Anpassung der Entschädigungen ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern die Entscheidung des Parlamentes nachzuvollziehen.

2.

Die Aufnahme der Regelung im Abgeordnetengesetz dient der Transparenz.

3.

Die Regelung wird an die geltende Rechtslage angeglichen und erhält darüber hinaus eine Klarstellung.

III. Auswirkungen auf Bürger, Wirtschaft und Verwaltung

Durch die Anpassung entstehen die folgenden jährlichen Mehrausgaben:

1.

Titel 411 10:Entschädigung nach § 5 Abs. 1 AbgG:

Anpassung von 7.742,81 EUR um 224,54 EUR (+ 2,9 v. H.) auf 7.967,35 EUR

224,54 EUR für 88 MdL mal 12 Monate: 237.114,24 EUR

*Zuzüglich Entschädigung nach § 5 Abs. 3 AbgG:*157,18 EUR für Präsidentin (1) und Fraktionsvorsitzende (5)
mal 12 Monate:

11.316,96 EUR

78,59 EUR für Vizepräsident (1) mal 12 Monate: 943,08 EUR
249.374,28 EUREntschädigung nach § 5 Abs. 2 AbgG:

Anpassung von 1.664,03 EUR um 48,26 EUR (+ 2,9 v. H.) auf 1.712,29 EUR

48,26 EUR für 88 MdL mal 12 Monate: 50.962,56 EUR

*Zuzüglich Entschädigung nach § 5 Abs. 3 AbgG:*33,78 EUR für Präsidentin (1) und Fraktionsvorsitzende (5)
mal 12 Monate:

2.432,16 EUR

16,89 EUR für Vizepräsident (1) mal 12 Monate: 202,68 EUR

53.597,40 EUR

Gesamt: 302.971,68 EURIm **Titel 411 20** entstehen Mehrkosten in Höhe von 50.952,21 EUR.

2.

Im **Titel 411 10** entstehen Mehrkosten in Höhe von 1.500,00 EUR.

3.

keine

D. Zuständigkeiten

Präsidentin des Landtages

Gesetzentwurf für ein

Drittes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Vom ...

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Abgeordnetengesetzes

Das Abgeordnetengesetz vom 19. Juni 2013 (GVBl. I Nr. 23), das zuletzt durch das Gesetz vom 24. März 2015 (GVBl. I Nr. 9) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 5 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Die Entschädigung beträgt 7 967,35 Euro.“

b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Zusätzlich erhält das Mitglied eine monatliche Entschädigung in Höhe von 1 712,29 Euro, die zur Finanzierung der Alters- und Hinterbliebenenversorgung gemäß § 15 Absatz 4 direkt an das Versorgungswerk der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen und des Landtags Brandenburg abgeführt wird.“

2. Dem § 11 wird folgender Absatz 6 angefügt:

„(6) Bei Dienstreisen des Präsidenten oder des Vizepräsidenten im Auftrag des Präsidenten werden die entstandenen Auslagen erstattet.“

3. § 17 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

a) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Der Zuschuss wird jeweils in Höhe des halben Betrags geleistet, der sich aus der Anwendung des ermäßigten Beitragssatzes der gesetzlichen Krankenversicherung im Sinne von § 243 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch ergibt.“

b) In Satz 2 werden die Wörter „§ 257 Absatz 2 Satz 2“ durch die Wörter „§ 257 Absatz 2 Satz 1 und 2“ ersetzt.

Artikel 2

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Satzes 2 am 1. Januar 2016 in Kraft. Artikel 1 Nummer 3 Buchstabe b tritt mit Beginn der 7. Wahlperiode des Landtags Brandenburg in Kraft.

Potsdam, den [Datum der Ausfertigung]

Die Präsidentin des Landtages

Britta Stark

Begründung

A. Allgemeiner Teil

Auf die Ausführungen zu Buchstabe A und B des Gesetzentwurfes wird verwiesen.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1:

Zu Nummer 1:

Entsprechend der Maßzahl der Einkommensentwicklung von 2014 gegenüber 2013 auf der Basis des Berichtes des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg (Anlage 1 der Drucksache 6/2874) soll die Entschädigung um 2,9 vom Hundert von 7 742,81 Euro auf 7 967,35 Euro erhöht werden.

Entsprechend der Maßzahl der Einkommensentwicklung von 2014 gegenüber 2013 auf der Basis des Berichtes des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg (Anlage 1 der Drucksache 6/2874) soll die zusätzliche Entschädigung um 2,9 vom Hundert von 1 664,03 Euro auf 1 712,29 Euro erhöht werden.

Zu Nummer 2:

Die Änderung ist erforderlich, um die Kosten für Dienstreisen der Präsidentin oder des Vizepräsidenten in ihrem Auftrag im Land Brandenburg zu erstatten.

Zu Nummer 3:

§ 17 Abs. 2 Abgeordnetengesetz wird an die geänderte Fassung des SGB V angepasst und der Umfang des bezuschussungsfähigen Versicherungsbetrages klargestellt.

Zu Artikel 2:

Artikel 2 regelt das Inkrafttreten dieses Gesetzes.

Stark